

Mutterschaftsversicherung

Erwerbstätige Frauen die während mindestens neun Monaten vor der Niederkunft bei der AHV obligatorisch versichert waren und in dieser Zeit mindestens fünf Monate ein eigenes Einkommen erwirtschaftet haben, erhalten Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung. Während 14 Wochen (98 Taggelder) bekommen sie 80% des durchschnittlichen Erwerbseinkommens vor der Geburt, maximal jedoch CHF 196 pro Tag.

Anspruch haben Bäuerinnen mit eigenem Einkommen

Bäuerinnen welche ausserhalb des landwirtschaftlichen Betriebes einem Nebenerwerb nachgehen, können für diese Tätigkeit Mutterschaftsentschädigung geltend machen, wenn die einleitend genannten Bedingungen erfüllt werden.

Auf vielen Landwirtschaftsbetrieben wird, unabhängig vom betrieblichen Engagement der Bäuerinnen, das gesamte landwirtschaftliche Einkommen auf den Mann abgerechnet. Als Konsequenz kann die Bäuerin kein eigenes Einkommen ausweisen und gilt bei den Sozialversicherungen als Nichterwerbstätige. Damit die Bäuerin sozialversicherungsrechtlich ebenfalls als Erwerbstätige gilt und so unter anderem auch Anspruch auf Erwerbsersatz bei Mutterschaft erhält, muss das gemeinsam erwirtschaftete landwirtschaftliche Einkommen auf die Ehegatten aufgeteilt werden. Folgende zwei Möglichkeiten stehen zur Verfügung:

- Entlohnung der Bäuerin als mitarbeitendes Familienmitglied:

Arbeitet die Bäuerin im Betrieb mit, ohne aber wesentlichen Einfluss auf die Betriebsführung zu nehmen, kann ihr als mitarbeitendes Familienmitglied ein Lohn ausgerichtet werden. Ihr Lohn ist mit dem entsprechenden Meldeformular bei der AHV-Ausgleichskasse zu deklarieren und auch in der Buchhaltung zu verbuchen. Die Frau als Arbeitnehmerin und der Mann als Arbeitgeber werden somit je hälftig bei der AHV/IV/EO beitragspflichtig.

- Deklaration der Bäuerin als Selbständigerwerbende:

Wird der Betrieb partnerschaftlich und gleichberechtigt geführt oder ein Betriebszweig von der Bäuerin in Eigenverantwortung verwaltet, so kann sich die Frau als Selbständigerwerbende bei der AHV-Ausgleichskasse registrieren lassen. Es ist unbedingt zu beachten, dass die Bäuerin als Selbständigerwerbende den Ausbildungsnachweis erfüllt, andernfalls werden für den gesamten Betrieb keine Direktzahlungen ausgerichtet. Den Ausbildungsnachweis erfüllen landwirtschaftliche Berufe mit eidg. Abschluss (Landwirt/in, dipl. Bäuerin,...). Bei nichtlandwirtschaftlichen Berufsbildungen genügt der Nachweis von drei Jahren vollzeitlicher landwirtschaftlicher Praxis (dabei muss kein eigenes AHV-Einkommen erzielt worden sein), andernfalls muss eine Weiterbildung absolviert werden. Generell ausgenommen von dieser Ausbildungsanforderung sind Betriebe im Berggebiet mit < 0.5 SAK. Sinnvoll ist es, die Anmeldung als Selbständigerwerbende gleich ab Beginn der gemeinsamen Tätigkeit oder der Aufnahme der zusätzlichen Tätigkeit anzumelden. Selbstverständlich kann nur jenes Erwerbseinkommen unter den Ehegatten aufgeteilt werden, welches im Betrieb auch tatsächlich erwirtschaftet wird. Die Anmeldung als Selbständigerwerbende und die Einkommensaufteilung kann somit nicht einfach nach Belieben vorgenommen werden, sondern muss die tatsächlichen Bedingungen widerspiegeln.

Auswirkungen der Einkommensteilung beachten

Bei einer Aufteilung der Einkommen unter den Ehegatten, resultiert für den Ehegatten der einen Teil seines Einkommens abgibt, eine Reduktion der AHV/IV-Renten bei Invalidität oder Todesfall. Im Gegenzug verbessern sich diese Leistungen für denjenigen Ehegatten, der neu ein Einkommen erhält. Auswirkungen auf die Altersrenten der AHV hat die Einkommensteilung lediglich bei Eheleuten mit grösserem Altersunterschied für die Zeit, in der nur einer der beiden Ehegatten im Rentenalter ist. Im Falle einer Scheidung verhält sich die Aufteilung des Einkommens immer neutral. Erhebliche Auswirkungen hat die Einkommensteilung auf die Entschädigungen gemäss Erwerbssatzgesetzes (EOG). Dies betrifft aber nicht nur die Bäuerin im Falle einer Mutterschaft, sondern auch den Betriebsleiter, wenn er Militärdienst leistet.

Beratung ist wichtig

Gesamthaft betrachtet überwiegen die positiven Effekte bei einer Einkommensteilung sicher in den meisten Fällen, schlussendlich aber doch nicht generell. Im Rahmen dieses Beitrages ist es nicht möglich, die je nach Situation sehr unterschiedlichen Auswirkungen in allen Details aufzuzeigen. Die Frage der korrekten Zuweisung des Einkommens unter Ehegatten, sollte deshalb unbedingt in jedem Einzelfall zusammen mit der Betriebsberatung, der Treuhandstelle oder der landw. Versicherungsberatungsstelle seriös geprüft werden. Damit es im Falle einer Mutterschaft nicht plötzlich zu spät ist, müssen die notwendigen Weichen auch in der Buchhaltung und in der Betriebsführung rechtzeitig gestellt werden.